

Erneuerbare gegen Lücke von MATHIAS KÜNG MZ, 25.4.06

20 Jahre Tschernobyl SP setzt auf Energieeffizienz und CO2-Gesetz

Die SP will die ab 2020 auslaufenden Schweizer KKW durch erneuerbare Energien ersetzen. Damit und mit Energieeffizienz sei die Stromlücke zu schliessen.

20 Jahre nach Tschernobyl blicken Staat, Energieversorger und Parteien in die Energiezukunft. Grosse Energieversorger wie die Axpo und das Bundesamt für Energie (BFE) kommen unabhängig voneinander zum Schluss, dass die Schweiz ab 2020 (im Winter schon früher) auf eine grosse Stromversorgungslücke zusteuert, wenn altershalber ein KKW nach dem anderen abgeschaltet wird. Sie erwarten, dass die Schweiz nebst mehr Energieeffizienz, Sparen und einem Anteil von zehn Prozent erneuerbaren Energieträgern neue grosse Kraftwerke braucht (z.B. CO2-problematische Gaskraftwerke).

«Stromlücke schliessen und CO2-Ausstoss senken»

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) teilt diese Sichtweise überhaupt nicht. An einer Medienorientierung legten in Bern gestern ihre Energiespezialisten und Nationalräte Rudolf Rechsteiner (BS), Ursula Wyss (BE) und Roger Nordmann (VD) dar, wie die Schweiz die prognostizierte Energielücke ohne KKW und sogar unter Senkung des CO2-Ausstosses sowie bei gleichzeitiger Erhöhung der Versorgungssicherheit allein durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien decken könne.

Absage an «Euro-Reaktor»

Ursula Wyss kritisierte, die Folgen von Tschernobyl würden immer noch verharmlost. Sie wandte sich auch entschieden gegen Überlegungen, die dienstältesten KKW Mühleberg, Beznau 1 und 2 dereinst durch einen «Euro-Reaktor» neuester Bauart zu ersetzen. Auch dort bleibe die Atommüll-Entsorgung ungelöst und das Terrorrisiko bestehen. Dazu kämen weitere Gefahren, etwa für die Arbeiter bei der Urangewinnung. Der Atomenergie-Marktanteil sinke. Die Partei will ein allfälliges neues KKW dereinst spätestens in einer

Referendumsabstimmung zu bodigen versuchen.

SP-Vizepräsidentin Wyss stellte in Bern fünf Forderungen zur Energiezukunft auf: Kostendeckende Vergütung für erneuerbare Energien (derzeit Gegenstand von Verhandlungen im Stromversorgungsgesetz) und «Kostenwahrheit für Atomstrom». Die Effizienzstandards für Geräte sollen weiter verbessert werden. Zudem will die SP ein auf zehn Jahre befristetes Markteinführungsprogramm mit Zinsvergünstigungen zur Förderung erneuerbarer Energien. Der Ruf nach schweizweiten Minergienormen im Hausbau sowie nach Umstellung von Ölheizungen auf Wärmepumpen (Wärme-Kraft-Kopplung) runden den Forderungskatalog ab.

Ziel ist für die SP laut Roger Nordmann und Rudolf Rechsteiner angesichts der Klimaproblematik, steigender Ölpreise und in der Hoffnung auf eine entsprechende Wirkung des CO2-Gesetzes eine «Vollversorgung mit erneuerbaren Energien». Die SP will von den grossen Stromversorgern eine entsprechend andere Ausrichtung. So verlangt Rechsteiner ungeachtet physikalischer Einwände der Stromversorger massive Investitionen in Windkraftfarmen im Ausland (auch im Meer), um so Atomstromimporte zu ersetzen. Der Ausbau der Windenergie in der Schweiz sei durch einen gewissen «Abtausch» landschaftlicher Eingriffe zu erleichtern.